



LEO INFORMIERT

NACHRICHTEN AUS LEOPOLDSHÖHE - AUSGABE APRIL 2021

Verkehrswende: Ja ICE-Trasse: Nein

SPD-Abgeordneter Jürgen Berghahn befürwortet den Ausbau des Schienenverkehrs: „Statt milliarden teure ICE-Strecke aber lieber Begatalbahn reaktivieren.“ – Mehr auf Seite 3



SPD pflegt Streuobstwiese

Neben der Politik machen SPD-Mitglieder auch praktische Arbeit. – Mehr auf Seite 2

„Kommunalpolitik braucht Frauen“

Wie können Frauen motiviert werden ein politisches Mandat zu übernehmen, denn auf kommunaler Ebene sind sie deutlich unterrepräsentiert – Mehr auf Seite 4

SPD fordert Stellplatzsatzung



Nach dem es der SPD-Fraktion im Leopoldshöher Rat gelungen ist nach Jahren des Stillstandes den Mietwohnungsbau in der Gemeinde wieder zu thematisieren, wird nun deutlich, dass auch die Verkehrspolitik in diesem Zuge neu betrachtet werden muss.

So wurde es in den Diskussionen der Fachausschüsse im wieder klar, die in der Landesbauordnung NRW vorgeschriebene Anzahl von einem Stellplatz je Wohneinheit reichen bei weitem nicht um die Straßen in den Siedlungsgebieten jederzeit passierbar zu halten, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Brinkmann.

Um hier Abhilfe zu schaffen fordert die SPD eine Stellplatzsatzung für die Gemeinde Leopoldshöhe.

Bekenntnis zur Aufnahme von Geflüchteten

Leopoldshöhe hat gezeigt, dass es geht: geflüchtete Menschen haben hier eine neue Heimat gefunden. Es gibt viele Erfolgsgeschichten von gelungener Integration und überwunden Vorurteilen. In vielen Leopoldshöher Betrieben sind die Flüchtlinge von damals die wertgeschätzten Kollegen von heute. Dazu haben Ehrenamtliche und die Verwaltung große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen. Dennoch ist das Problem aktueller denn je: die Bundesrepublik hat kürzlich nach langem Ringen 50 unbegleitete Minderjährige nach Deutschland geholt. Ursprünglich sollten es wohl mehr sein, aber die Corona-Krise kam dazwischen. In der Zwischenzeit ist Leopoldshöhe aufgrund eines Antrags der SPD Fraktion Mitglied im Bündnis Sichere Häfen.

Diesem Bündnis, das aus der Organisation Seebrücke entstand gehören 140 Kommunen an.

Jürgen Berghahn will in Berlin die Zukunft mitgestalten

Er ist bekannt wie kaum ein anderer, hat sich oft auch um Leopoldshöher Angelegenheiten gekümmert. Im Interview hier:



Sach ma Jürgen, was steht am ersten Julivochenende in Deinem Kalender?

Jürgen Berghahn (schmunzelt): Das Blomberger Schützenfest natürlich. Aber ich befürchte leider, dass wir wegen der Corona-Pandemie nicht feiern können.

Wie erlebst Du die Menschen in der Corona-Krise?

Berghahn: Neben dem Verzicht auf soziale Kontakte und Freizeitangebote: Was den Bürger*innen abverlangt wurde und wird, ist schon enorm. Familien sind erschöpft, etliche bangen um ihre Arbeitsplätze und ihre wirtschaftliche Existenz. Dazu kommt das Impfchaos. Da steigt die Verärgerung und das ist auch nachvollziehbar.

Wie geht ihr im Landtag mit den Sorgen und Nöten der Menschen um?

Berghahn: Die SPD hat zig Anträge gestellt, um finanzielle Hilfe nicht nur ausgewählten, sondern allen Branchen zukommen zu lassen. Nur ein Beispiel sind da die Schausteller oder die Eventfirmen. Die haben nichts, seit Monaten. Wir haben schon letztes Jahr den konsequenten Einsatz von Tests vorgeschlagen, um den Menschen eine Öffnungsperspektive bieten zu können. Doch die Landesregierung liefert nicht.

Nun hast Du Dich dazu entschlossen, den Schritt von Düsseldorf nach Berlin zu wagen und für den Bundestag zu kandidieren. Warum, gefällt es Dir am Rhein nicht mehr?

Berghahn (lacht): Wegen der guten Berliner Currywurst will ich da hin. Nein, Spaß beiseite. Seitdem ich dem Landtag angehöre, habe ich Lippe immer mit Herzblut und Leidenschaft vertreten. In der Corona-Pandemie haben wir aber deutlich gemerkt, wo die Gren-

zen der Landespolitik liegen und dass die entscheidenden Weichen in Berlin gestellt werden. Nur ein Beispiel ist die Gesetzgebung bei der Arbeit von Jugendämtern oder beim Kinderschutz. Hier kann ich meine Erfahrung aus dem Untersuchungsausschuss einbringen und die Zukunft mitgestalten.

Derzeit sieht es so aus, als sei die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum sexuellen Missbrauch von Kindern noch lange nicht vorbei.

Berghahn: Das ist leider so. Als wären die Verbrechen von Lüge nicht schon schlimm genug, hat der Untersuchungsausschuss ja immer neue, schockierende Dinge zutage befördert. Was mich neben den abscheulichen Taten wirklich entsetzt, ist die Mauer des Schweigens und Vergessens, auf die wir teilweise stoßen.

Was sind Deine Lehren und Erkenntnisse, die Du bisher aus dem PUA gezogen hast?

Berghahn: Wir brauchen neben einem besseren Kinder- und Jugendschutz auch strukturelle Veränderungen in den Jugendämtern und in den Behörden, um solche Verbrechen schneller aufzudecken. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Stellen, Jugendämter, Polizei, Schulen und Kitas muss verbessert werden. Und: wir alle müssen unserer Antennen schärfen, hinschauen und handeln, wenn wir einen Verdacht haben. Den Tätern von Lüge wurde es jahrelang viel zu einfach gemacht.

Wo siehst Du außerdem Deine Schwerpunkte im Bundestag?

Berghahn: In der Verkehrs-, der Umweltpolitik und der Sozialpolitik. Zur Verkehrswende ge-

hört beispielsweise ein attraktiver ÖPNV, der Bahnverkehre, den Radverkehr und Bürgerbusse zusammen denkt. Mehr soziale Gerechtigkeit.

Wie kann so etwas gelingen?

Berghahn: Indem wir die Mobilität vor Ort stärken, heißt: Radwege ausbauen, die E-Mobilität fördern, Anreize zum Umsteigen auf Bus und Bahn schaffen, indem wir regionale Verkehrsprojekte wie die Reaktivierung der Begatalbahn.

So etwas ist viel sinnvoller als der Neubau einer ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover, die große Auswirkungen für Anwohner und auch die Umwelt hätte. Und die müssen wir schützen.

Was meinst Du konkret?

Berghahn: Eine Verkehrswende wäre ja ein Schritt zum Klimaschutz. Ein weiterer ist es, die Energiewende voranzutreiben. Dabei steht unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energie im Fokus. Und in dem Bezug ist beispielsweise die in NRW geplante 1000-Meter-Abstandsregel von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern ein Verhinderungsgesetz. So wird das nämlich nichts mit der Energiewende.

Letzte Frage: Worauf freust Du Dich am meisten, wenn die Pandemie überwunden ist?

Berghahn: Endlich wieder Menschen treffen zu können, mit ihnen zu reden, sich auszutauschen und auf Veranstaltungen wie zum Beispiel das Blomberger Schützenfest gehen zu können und zu feiern. Ich bin ein absoluter Vereinsmensch. Das Gesellige fehlt mir wie so vielen anderen Ehrenamtlichen sehr.

Update Bushaltestelle Am Plassgraben

Ein erster Antrag wurde gestellt, persönliche Gespräche auf Kreisebene laufen. Die SPD arbeitet mit Nachdruck an der Sicherheit der Bushaltestelle „Am Plassgraben“ stadtauswärts.

Im letzten Jahr haben wir über Bushaltestelle an der Felix-Fechenbach-Straße berichtet. In Fahrtrichtung Bielefeld steht ein scheinbar verlorenes Haltestellenschild am Straßenrand. Es gibt weder eine befestigte Fläche, noch eine Überquerungshilfe. Für Passanten, gleich welchen Alters, ist das Erreichen der Haltestelle wie auch der Aufenthalt auf selbiger gefährlich. Das betrifft nicht nur eingeschränkte Sichtverhältnisse aufgrund von Dunkelheit oder Witterung. Ratsmitglied Till Kortekamp hat einen Ausbau der Wartefläche sowie Verkehrszeichen angeregt. Ein Antrag wurde von der SPD bereits im September gestellt. Die Felix-Fechenbach-Straße ist eine Kreisstraße, demnach obliegt die Zuständigkeit beim Kreis

Lippe. Erste Anfragen durch die Gemeinde wurden nicht zufriedenstellend beantwortet. U.a. sind keine Mittel für einen Ausbau budgetiert. Zudem wurde auf das Baugebiet Brunsheide verwiesen und eine Prüfung des Ausbaus in diesem Zuge in Erwägung gezogen. Eine Dringlichkeit wird aufgrund bislang ausbleibender Unfälle nicht gesehen. Das reicht uns nicht. Daher haben wir durch unser Kreistagsmitglied Thomas Jahn persönliche Gespräche mit dem Leiter der Eigenbetriebe der Straßen des Kreises Lippe eingeleitet. Insofern aufgrund der noch nicht feststehenden Umsetzung des Baugebietes noch keine endgültige Lösung geschaffen werden kann, benötigt es doch eine Übergangslösung.



Kooperation

Grüne und SPD arbeiten zusammen

Die Digitalisierung, der Klimaschutz und das Einwerben von Fördermitteln sollen nach den Vorstellungen der beiden Fraktion in den nächsten fünf Jahren vorrangig angegangen werden. Dazu haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine projektbezogene Kooperation vereinbart.

„Aus den zahlreichen thematischen Überschneidungen unserer Wahlprogramme haben wir einen gemeinsamen Fahrplan für die nächsten fünf Jahre abgeleitet“, so SPD Gemeindeverbandsvorstand Nils Goedeke. So ist ein Katalog von Projekten entstanden. Die Themen reichen vom Ausbau der Biotopvernetzung über mehr Attraktivität von Rad, Bus und Bahn bis zu einer gerechteren Gebührenstaffel der Offene Ganztagsgrundschulen.

„Wir haben uns im Rat das Ziel gesetzt, dass die Gemeindeverwaltung und deren Gebäude bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein sollen. Wir bündeln nun unsere Kräfte, um das Ziel auch zu erreichen“, sagt die Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Birgit Kampmann.

Kern der Vereinbarung ist, dass zwei Stabstellen für Klimaschutz bzw. Digitalisierung geschaffen werden sollen. Diese Stabsstellen sollen diese wichtigen Zukunftsthemen vorantreiben und an die Ausschüsse berichten. Zusätzlich sollen sie die wichtige Querschnittsaufgabe der Fördermittelbeschaffung übernehmen.

Neben den zahlreichen Projekten wurde zudem festgelegt, wie die Zusammenarbeit der Fraktionen gestaltet werden kann.



Vergiftetes Geldgeschenk des Landes

Die Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer fordern von der Landesregierung eine echte finanzielle Unterstützung für die Kommunen.

Kreis Lippe. Einbrechende Steuereinnahmen bei Bund und Land durch die Corona-Pandemie wirken sich auch auf die Finanzmittel für die Städte und Gemeinden in Lippe aus. Kurzfristig hat das Land die fehlende Summe der Kommunen in NRW zwar aufgestockt, langfristig bedeutet das allerdings neue Schulden in Millionenhöhe für die lippischen Städte und Gemeinden, kritisieren die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dennis Maelzer und Ellen Stock das Vorgehen.

„Viele Städte und Gemeinden haben eh schon mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie bekommen immer mehr Aufgaben von Land und Bund aufs Auge gedrückt, ohne dass diese ausreichend gegenfinanziert werden“, erklären Stock, Berghahn und Maelzer. Dies sei einer der Hauptgründe, warum so viele Kommunen in NRW tief in den roten Zahlen steckten. Denn die Steuereinnahmen, die ihnen zur Verfügung stehen bzw. die Zuweisungen, die sie vom Land bekommen, deckten in vielen

Fällen nicht die fixen Ausgaben der Städte und Gemeinden. Und die Pandemie dürfte diese Lage noch verschlimmern. „Welche Folgen allein die Corona-Krise für die Städte und Gemeinden haben wird, ist noch gar nicht abzusehen“, sagten die lippischen Landtagsabgeordneten. Doch anstatt den Kommunen finanziell zur Seite zu springen, geht die schwarz-gelbe Landesregierung einen anderen Weg.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 lediglich um ein Kreditvolumen in Höhe von rund 943 Millionen Euro erhöht. Diese Summe haben die Städte und Gemeinden somit zukünftig dem Land zurückzuzahlen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz ist generell geregelt, wie viele Gelder die Kommunen im Jahr vom Land erhalten. „Leider haben sich CDU und FDP dafür entschieden, den Kommunen ein vergiftetes Geschenk zu machen“, beschreiben die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dr. Dennis Maelzer

und Ellen Stock die Entscheidung des Landtags. „Anstatt den Kommunen die Steuerausfälle aus dem NRW-Rettungsschirm auszugleichen, bekommen sie lediglich neue Schulden aufgebürdet“, so Jürgen Berghahn weiter. Sie fordern „echtes Geld“ und keine Kredite.

„Konkret drücken CDU und FDP dem Kreis Lippe insgesamt über 14 Millionen Euro neue zusätzliche Schulden aufs Auge. Als SPD-Fraktion haben wir uns für echte Finanzhilfen und nicht für weitere Schulden ausgesprochen“, zeigt sich Jürgen Berghahn enttäuscht. Denn die finanziellen Folgen für Städte und Gemeinden könnten dramatisch sein. Im Schlimmsten Fall gehe eine angespannte Haushaltslage immer zulasten von sogenannten freiwilligen Leistungen einer Kommune. Dazu zählten etwa Angebote wie Büchereien, Schwimmbäder usw., was schlimmstenfalls reduziert oder wegfallen könnte. Daher bräuchten die Kommunen eine echte finanzielle Hilfe seitens des Landes NRW und keine

neuen Kredite, die sie abzubezahlen haben. Die lippischen Rathäuser müssten sich ja auch auf die Zeit nach Corona einstellen und die Finanzsituation sei dann vermutlich noch schlechter als heute.

„Der Rettungsschirm des Landes bietet dafür die rechtliche Grundlage und Möglichkeit. Die Landesregierung und die CDU/FDP-Mehrheit betätigen sich hingegen lieber als Schuldentreiber unserer Kommunen“, kommentiert er das Vorgehen. Ideen oder ein wirkliches Bemühen der Landesregierung, ihnen wirklich zu helfen, sei nicht zu erkennen. Auch für Städte und Gemeinden in Lippe hat das neue Gemeindefinanzierungsgesetz seine Auswirkungen. Die größten Schulden im Kreisgebiet werden Detmold mit mehr als 3,5 Millionen Euro, Bad Salzungen mit 2,43 Millionen Euro und Lemgo mit 1,68 Millionen Euro aufgebürdet. In der Zukunft werden die Spielräume für die kommunalen Haushalte dadurch enger.

„Ein erster Schritt in die richtige Richtung“

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer freut sich über erste Hilfen für Brauereien.

Kreis Lippe. Die Situation vieler mittelständischer Brauereien ist dramatisch, da ihnen in der Corona-Krise der Fassbierabsatz weggebrochen ist. Nun können Brauereien für ihre angeschlossenen Gaststätten Corona-Soforthilfe beantragen. „Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, freut sich der Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer aus Detmold.

Durch ausgefallene Veranstaltungen und geschlossene Restaurants bleiben viele Bierhersteller derzeit auf ihren Fässern sitzen. Dass trifft insbesondere die kleinen, regional verankerten Brauereien hart.

Um die örtlichen Bierbrauereien zu unterstützen und Arbeits-

plätze zu sichern, hatte die SPD im Landtag gefordert, die Mitelständler von der Biersteuer zu befreien. „Leider hat sich die CDU dazu bislang nur sehr zurückhaltend gezeigt“, bedauert Maelzer.

Parallel waren auch SPD-Bundestagsabgeordnete wie Achim Post aus Minden-Lübbecke in Berlin aktiv geworden – mit Erfolg. Unternehmen wie Brauereien mit eigenen Gaststätten können nun auch Corona-Soforthilfe beantragen.

„Das ist ein erstes gutes Zeichen. Wir werden auf Landesebene aber an unserer Forderung dranbleiben“, sagt Maelzer.



Beeindruckende Kinderwünsche

Landtagsabgeordnete Ellen Stock dankt Kindern fürs Mitmachen bei der Wunschstein-Aktion.

Kreis Lippe. Mehrere Kitas aus Bad Salzungen, Lage und Leopoldshöhe hatten sich an der Wunschsteinaktion des Landtags beteiligt, zu dem die Abgeordnete Ellen Stock aufgerufen hatte. „Die Resonanz war super“, freute sich Stock, die die Steine in den Kindergärten abgeholt und mit nach Düsseldorf genommen hatte.

Mehr als 5000 bunt verzierte und mit Wünschen von Kindern aus ganz NRW sind nun dort am Landtagsgebäude am Rhein zu sehen – auch die aus Lippe. „Dort bleiben sie erst einmal liegen, bis

sie zu einem großen Kunstwerk verarbeitet werden“, berichtete Stock den Kitakindern, bei denen sie sich für ihr Mitmachen bedankt und einige Präsente vorbeigebracht hatte.

„Ich bin beeindruckt von den Wünschen der Kinder“, sagt Stock. Denn dort drauf standen weniger materielle, sondern eher vermeintlich einfache Dinge wie „Zeit haben“ oder „mit Mama und Papa spielen“ oder „fröhlich sein“. „Das gibt einem schon zu denken“, sagt Ellen Stock.

Einsatz für Streuobstwiese

Der SPD-Ortsverein Eichholz-Remmighausen und die Freie Waldorfschule pflegen die Streuobstwiese nahe dem einstigen Falkenkrug seit vielen Jahren mit Herz und Verstand

Die Stadtwerke Detmold hat das Areal im Jahr 2000 der SPD Eichholz-Remmighausen für 25 Jahre zur naturnahen Nutzung unentgeltlich überlassen. Der Ortsverein bewirtschaftet seitdem die Streuobstwiese und nutzt die Fläche zur steten Steigerung der nachhaltigen Lebensqualität und für familienfreundliche Feste in Spork-Eichholz. Der Ortsbürgermeister

Klaus Brand (SPD) hatte damals die Obstbäume noch eigenhändig mit eingepflanzt, Ratsherr Andreas Schmidt organisiert jedes Jahr auf der Wiese das beliebte „Streuobstwiesenfest“.

Die Freie Waldorfschule Lippe-Detmold vermittelt bewusst Erlebnisse in der Natur, versteht sie sich doch als integrativen Teil dessen. So wird ein Beitrag zur Artenvielfalt geleistet.

Schüler*innen aller Altersstufen erlangen durch die eigenen Aktivitäten ein Bewusstsein für das Ökosystem und den Funktionsweisen unserer natürlichen Lebensräume. Und so wurde das einzigartige Projekt der Zusammenarbeit dreier Partner*innen Wirklichkeit: Der SPD-Ortsverein übergibt die Streuobstwiese für Unterrichtszwecke der Waldorfschule. Die Stadtwerke unterstützen das Vorhaben, indem sie Erlöse aus dem Hermann-Enten-Verkauf wiederum für den Erhalt des von Menschenhand gestalteten Biotops einsetzen.

Didaktisch eignet sich der Einsatz für die Streuobstwiese hervorragend: in der Schule werden von den Schüler*innen Baumsetzlinge gezogen, die alsdann im Rahmen von Exkursionen auf der Streuobstwiese eingepflanzt werden.

Auch in diesem Jahr erhält die

Streuobstwiese einen „frischen Schnitt“ und neue Bäume. Mit dem jährlichen, fachgerecht ausgeführten Baumschnitt zum Aufbau eines langfristigen Kronengerüsts und dem Anpflanzen der Baumsetzlinge setzen die beteiligten Akteure ein deutliches Zeichen für gelebten Klimaschutz in Detmold.

Rechtzeitig vor dem Austrieb der Obstbäume wurde daher eine gemeinsame Aktion aller drei Partner*innen organisiert und erfolgreich durchgeführt: Anita Hentze, Gartenbaulehrerin der Freien Waldorfschule Lippe-Detmold, konnte neben mehreren Schüler*innen auch Tobias Focheler (Gartenbaumeister) für Rat und Tat gewinnen. Der gelernte Gartenbauer brachte wiederum neben seinem Team einen riesigen Häcksler mit.



Ja zur Begatalbahn – Nein zur neuen ICE-Trasse

Der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn will die Mobilität vor Ort stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben.

Kreis Lippe. Der geplante Neubau der ICE-Trasse Bielefeld/Hannover, die auch durch Lippe führen soll, erhitzt die Gemüter. In der Region formiert sich Widerstand. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn steht einer milliardenschweren Neubaustrecke skeptisch gegenüber.

Zankapfel ist das Vorhaben der Deutschen Bahn, die ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover komplett neu zu bauen und damit 31 Minuten an Zeit einsparen zu können. Anlieger und Betroffene befürchten dadurch aber große Auswirkungen auf die Umwelt sowie eine neue Bahntrasse, die sich wie ein Schnitt durch die Landschaft zieht. „Für mich steht fest: Verkehrswende ja – aber nicht auf Kosten der Umwelt und

der Menschen in Bad Salzufen und Kalletal“, macht Jürgen Berghahn klar.

Der Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidat für den Wahlkreis Lippe I gehört auch dem sogenannten Bahnplenum an. Um Konflikte zu erörtern und um Lösungen auszuloten, wurde dieses gegründet. Von der DB sind 5 Trassenvarianten vorgestellt worden. Durch den Druck aus der Region wird jetzt noch eine trassennahe Variante mit einbezogen. Sollte die DB und das Planungsbüro an dem „Deutschlandtakt“ und dem Ziel, eine Zeiteinsparung von 31 Minuten zu erreichen, festhalten, wird es massive Eingriffe in das Landschaftsbild Lippes geben.

„Generell befürworte ich den

Ausbau des Schienenverkehrs. Doch anstatt eine milliardenteure ICE-Trassen zwischen Bielefeld und Hannover neu zu bauen, sollte man lieber die Bestandstrasse ausbauen und ertüchtigen. Regionale Verkehrsprojekte und somit die Mobilität auf dem Land fördern“, sagt Berghahn. Dazu zählt beispielsweise die Reaktivierung der Begatalbahn zwischen Barntrup und Lemgo, für die sich Berghahn seit Jahren stark macht und die Ertüchtigung der bestehenden Regionalstrecken. Derzeit läuft eine Voruntersuchung, unter welchen Bedingungen die Strecke der Begatalbahn wiederbelebt werden kann. Das Ergebnis könnte im Sommer vorliegen. „Die ersten Signale sind positiv“, sagt Berghahn.



Flaute für die Windkraft

Jürgen Berghahn kritisiert den geplanten 1000-Meter-Mindestabstand beim Ausbau der Windenergie.



Kreis Lippe. Die Landesregierung plant ein Gesetz, mit dem beim Neubau von Windrädern ein Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohnhäusern festgeschrieben werden soll. Welche Auswirkungen das auf die Planungen sowie die Erneuerung – das sogenannte Repowering – von Windkraftanlagen in Lippe hätte, wollte der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Berghahn in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen. „Die Antwort ist ernüchternd“, erklärt Berghahn.

Anstatt auf konkrete Planungen in Lippe einzugehen, verwies die Landesregierung in ihrer

Antwort lediglich auf die Überarbeitung der Potenzialstudie Windenergie aus dem Jahre 2012, die derzeit durchgeführt werde.

„Mit keinem Wort wird auf mögliche Folgen eingegangen. Bei mir verfestigt sich daher der Eindruck, dass mit der 1000-Meter-Abstandsregel die Windkraft weiter beschnitten werden soll anstatt für einen notwendigen Ausbau zu sorgen, bei dem die verschiedenen Interessen wie Naturschutz, Energieausbau und die der Anwohner und Anlieger berücksichtigt werden“, ärgert sich Berghahn. Auch in Lippe sei die Verunsicherung groß, was der Mindestabstand für laufende

Flächenplanung für Windenergie, den Neubau und das Repowering von Windrädern bedeuten könnte.

In Lippe geht etwa bis 2025 bei 53 Windrädern die technische Lebensdauer von 20 Jahren zu Ende, sodass ein Repowering nötig wird. „Hier wird ein Gesetz auf den Weg gebracht, ohne die Auswirkungen zu kennen“, kritisiert Berghahn. „Ich lehne die Abstandsregel der Landesregierung ab. Stattdessen schlagen wir einen Flächendeckel vor, um den Windkraftausbau dort zu begrenzen, wo der Ausbau bereits weit fortgeschritten ist“, sagt Berghahn.

Mit über 500 Millionen in die Zukunft Lippes

Der Kreistag beschließt Haushalt mit Investitionen im Bereich Mobilität, Digitales, Gesundheit und kommunalen Klimaschutz. Die SPD hat aktiv mitgestaltet.

Nach der Kommunalwahl schauten viele auf das Kreishaus. Würde der neue Kreistag die notwendigen Beschlüsse für die Weiterentwicklung Lippes hinbekommen? Werden die wichtigsten Zukunftsfragen angegangen? Die Antworten musste der Haushalt für dieses Jahr geben. Der Kreishaushalt ist verabschiedet und stellt die Grundlage dar, dass der Kreis Lippe sich den Herausforderungen stellen kann. Das ist ein guter Anfang.

„Lassen Sie uns jetzt die Zeit nutzen, Lippe für die Zeit nach Corona zukunftsfähig aufzustellen. Lassen Sie uns gemeinsam die Themen des Zukunftskonzeptes Lippe 2025 voranbringen. Lassen Sie uns gemeinsam Aufgaben im Bereich Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit, Klima- und Artenschutz, Arbeit, Bildung und Kinderschutz anpacken“, sagte Lippes Landrat Axel Lehmann am Ende seiner Haushaltsrede, für die er viel Applaus bekam.

Die Kreistagsmitglieder von SPD und Grünen haben in den

letzten Wochen in intensiven Beratungen – natürlich immer und den Corona-Schutzregeln weitere Ideen und Initiativen eingebracht. Eine davon ist die Entwicklung einer kreisweiten Sozialraumplanung. „Wir wollen mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort rechtzeitig darüber beraten, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um auf Veränderungen vorbereitet zu sein. Das können Maßnahmen für ältere Menschen, für vorschulische Bildung, aber auch für Freizeitgestaltung sein“, erklärt die Vorsitzende des Sozialausschusses, Marianne Rautenberg (SPD).

Aber auch die gesundheitliche Versorgung steht im Mittelpunkt. „Wir investieren weiterhin in Personal, bauliche Substanz und medizinische Ausstattung, um Vorreiter für die Gesundheitsregion Lippe zu sein. Durch die Medizinische Fakultät und eine neue Pflegeschule ist es Ziel, viele neue Mediziner und qualifizierte Pflegekräfte an die Region zu binden“, betont Landrat Lehmann.

Auch die Anstrengungen für

einen kommunalen Klimaschutz finden sich in dem Zahlenwerk wieder. Die Klimaerlebniswelt Oerlinghausen wird als bundesweit erste erlebnispädagogische Einrichtung zu diesem Thema geplant. Mit dem Ziel, die drängenden Fragen der Anpassung an den Klimawandel aufzuzeigen und zu beantworten. Denn Hitze oder Dürre stellen Natur, Wohnen und Gesundheit vor große Herausforderungen. Das Projekt macht den Klimawandel hautnah erfahrbar und stellt Strategien vor, um darauf zu reagieren.

„Der Öffentliche Personennahverkehr ist durch Corona stark gebeutelt. Wir wollen aber auch weiterhin einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr haben. Dieser muss bezahlbar und attraktiv sein. Ferner wollen wir in Lippe weniger Treibhausgase produzieren“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Henning Welslau, abschließen

Kinder sollen mitbestimmen

Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer will eine Strategie, um Familien eine Perspektive aus der Corona-Krise zu ermöglichen.



Kreis Lippe. Geschlossene oder nur eingeschränkt geöffnete Kitas, keine Sport-, Jugend- oder Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche oder durch Homeoffice, Betreuung und Homeschooling gestresste Eltern: Was Familien seit einem Jahr in der Corona-Krise abverlangt wur-

de und wird, ist immens. Und trotzdem hat die Landesregierung immer noch keinen blassen Schimmer davon, wie sie jungen Menschen und Eltern eine Perspektive aus der Krise aufzeigen kann. „Höchste Zeit, dass sich das ändert“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer.

„Für die Unterstützung von Familien ist in der Pandemie bislang zu wenig getan worden“, stellt Maelzer fest, der zugleich familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Konkret fordert die SPD in einem Antrag, dass bei weiteren Öffnungsschritten die Angebote für Kinder und Jugendliche ganz oben auf der Liste stehen müssen. „Dabei geht es vor allem um außerschulische Angebote etwa im Verein oder in Jugendzentren“, erklärt Maelzer. Aus Mitteln des Corona-Rettungsschirms sollten nach der Pandemie Angebote der Familienbildung sowie ein Jahr die Mitgliedschaft in einem Sportverein finanziert werden.

Ein weiterer, sehr wichtiger Aspekt ist die Meinung der Kinder und Jugendlichen: „Wir wollen ihnen eine Stimme geben, das ist bisher nicht geschehen“, sagt Maelzer. Deshalb fordert die SPD,

einen Kinder- und Jugendgipfel einzuberufen.

Für wichtig hält er auch, dass Kinder und Jugendliche in die Teststrategie mit einbezogen werden. „Bisher lehnt das Land NRW das ab. Dabei gibt es kindgerechte Möglichkeiten wie den Spucktests“, sagt der Familienexperte aus Detmold.

„Familien brauchen Unterstützung und Entlastung – und deshalb müssen ihnen während der Pandemie auch die Gebühren für OGS und Kitas erlassen und vom Land übernommen werden“, stellt Maelzer klar. Bisher weigert sich das Land immer wieder, die Kosten dafür trotz eingeschränkten Betriebs zu übernehmen.

Corona-Krise: Gesundheitsamt Lippe setzt auf eigene Software

Ellen Stock lobt bei einem Besuch die vielschichtige Arbeit des 300-köpfigen Teams

Kreis Lippe. Die Erfassung von positiven Corona-Tests, die komplizierte Kontaktnachverfolgung, die Koordination von Quarantänemaßnahmen oder die Information der Bürger*innen: Das Gesundheitsamt des Kreises Lippe übernimmt in der Pandemie wichtige und vielschichtige Aufgaben. „Was hier seit einem Jahr geleistet wird, ist bemerkenswert“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock.

Bei einem Besuch durfte sie dem in der Corona-Krise auf 300 Köpfe angewachsenen Team über die Schulter schauen. Bei der Bewältigung der Coronakrise hat der Kreis Lippe frühzeitig auf digitale Technik gesetzt und im eigenen Haus eine Software

entwickeln lassen. „Die ist eine große Hilfe, das wurde bei meinem Besuch immer wieder betont. Und deshalb möchten sie das bewährte Programm zurzeit auch nicht durch die „Sormas“-Software ersetzen, die das Land den Gesundheitsämtern in NRW an die Hand geben will“, erklärt die Abgeordnete. Stattdessen befürworte das Team eine vom Land zu schaffende Schnittstelle, um Daten schneller austauschen zu können. Ob das möglich ist und wie es um die Einführung von „Sormas“ in NRW steht, wollen Stock und ihre Kollegen Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer in einer Kleinen Anfrage von der Regierung wissen. Die Antwort steht noch aus.

Bildung weiter Herzens-angelegenheit der SPD Leo

Neugestaltung des Schul- und Sportzentrums – Umfangreiche Investitionen auf dem Weg zum Bildungscampus

Die Leopoldshöher SPD setzt sich weiter konsequent für die Bildung aller vor Ort ein. So wird am neuen Bildungscampus Leopoldshöhe die Ausstattung der Schulen mit elektronischen Tafeln und digitalen Endgeräten sowie Lüftungsanlagen vorangetrieben. In Kürze wird ein multifunktionaler Neubau an der Gesamtschule errichtet und weiterhin an der Sanierung der Gebäude gearbeitet. „Selbstverständlich soll auch künftig jeder Leopoldshöher schwimmen lernen“, sagte Bildungsausschussvorsitzender Christian Kühnel bei einer Besichtigung der Schwimmhalle an der Grundschule. Zusätzlich zum Schwimmunterricht der Grundschule finden dort regelmäßig Kurse von VHS statt. Aktuell ist die Komplettsanierung, die aufgrund größerer durch Chlorwasser verursachter Schäden an der Gebäudesubstanz notwendig wurde, mit 2,4 Mio. Euro veranschlagt, die Sanierung der angrenzenden „Holzhalle“ (Sporthalle) mit 893 Tausend Euro. Da sich die Gemeinde in der letzten Zeit sehr erfolgreich um Förderungen aus dem Programmen „ISEK“ und „Sportstättenpakt“ beworben hat, ist es denkbar, auch für diese Projekte Förderungen zu erhalten. Auf dem neuen Bildungscampus sollen künftig verstärkt Angebote für alle Altersgruppen gemacht werden.

Leuchtturmprojekt Brunsheide

Auf Anregung der SPD wird mit einem städtebaulichen Wettbewerb die Brunsheide entwickelt. Ein Projekt für die Regionale



Das klassische Einfamilienhaus ist immer noch der Wunsch vieler Menschen. Leopoldshöhe hat in den letzten Jahren zahlreiche Baugebiete ermöglicht. Nicht vergessen werden darf dabei die starke Nachfrage nach günstigem Mietwohnraum. Bewusst wollte die SPD weg vom „Weiter so!“. Im Gemeinderat forderte diese für das zukünftige Baugebiet Brunsheide-Süd ein städtebauliches Konzept. Die Verwaltung wurde beauftragt in einem Wettbewerb Ideen zur Bebauung zu finden, die unterschiedliche Wohnformen berücksichtigen. In dem Wettbewerb werden den Planern Vorgaben von Politik und Verwaltung vorgelegt. Die Wettbewerbsteilnehmer müssen Ihre Ideen einer Jury präsentieren. Im Augenblick stimmt die Verwaltung die Rahmenbedingungen dafür ab. Das Ergebnis wird sicherlich spannend sein. Für uns sind neben den Einfamilienhäusern oder Mehrfamilienhäuser auch ganz neue Wohnformen, wie z.B. Tiny Houses denkbar. Ebenfalls interessant wird die Frage sein, wie die Mobilität in diesem Quartier geplant wird. Leopoldshöhe hat sich mit diesem Projekt bei der Regionale 2022 beworben und bereits den „C-Status“ bekommen. Wir wollen der Nachfrage nach Wohnraum gerne nachkommen. Für uns steht dennoch fest: „Nicht um jeden Preis!“. Leopoldshöhe ist ein Dorf und soll es nach unserer Auffassung auch bleiben. Der Regionalplan bietet in Leopoldshöhe die Möglichkeit in den nächsten Jahren viel zu bauen. Wir sind jedoch der Auffassung das man nicht alle möglichen Flächen bebauen muss. Wir wollen stattdessen zielgerichtetes Bauen.



Mut zur Macht für Frauen die politisch arbeiten

Ist Frauenpower 100 Jahre nach dem Frauenwahlrecht verpufft oder warum engagieren sich so wenig Frauen in der Politik?

In der Kommunalpolitik sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in den verschiedenen Gremien fällt entsprechend mager aus. Wenn die Hälfte der Bevölkerung aus Frauen besteht, kann man eigentlich niemandem erklären, warum das in der Politik nicht auch so sein soll. Aber woran kann es liegen, das deutlich mehr Männer als Frauen Entscheidungen in unserer Kommunen treffen? Familie, Beruf und Politik miteinander zu vereinbaren, ist für Frauen nach wie vor ungleich schwieriger als für Männer. Trotzdem engagieren sich Frauen nicht weniger als Männer, aber auf eine andere Weise. Frauen sind häufig Elternvertreterinnen im Kindergarten, in den Grund- und weiterführenden Schulen, sie engagieren sich als Trainerinnen im Sportverein oder in unterschiedlichen, sozialen Projekten. In der Kommunalpolitik sind u. a. gerade diese Bereiche fest verankert. Immer wieder geht es hier um Themen wie Förderung, Veränderungen (baulicher oder struktureller Art) und Weiterentwicklung. Aber auch andere Handlungsfelder auf kommunaler Ebene (wie z.B. Bauen, Finanzen, Verkehr und Umwelt) sind spannende Themen, zu denen Frauen eine Meinung haben. Frauen bringen Kompetenz, Sichtweisen und Erfahrungen mit, die Gemeinschaft stärkt und für den politischen Prozess unverzichtbar sind. Wieso gelingt es uns dann nicht, mehr Frauen für ein parteipolitisches Engagement zu motivieren? Ein Grund könnte die Erwartungshaltung von Frauen an sich selbst sein. Sie fällen häufig strengere Urteile über sich selbst in Bezug auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente. Das Versammlungen der Ortsvereine, Fraktions-, Ausschuss- und Ratsitzungen meist erst am frühen Abend beginnen, könnte eine weitere Hürde sein. Sich kommunalpolitisch einzubringen ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert ein hohen persönlichen Einsatz und Zeitaufwand und den Anspruch Verantwortung zu übernehmen. Allgemein gilt, wer sich für das Gemeinwohl durch ehrenamtliche Tätigkeit einzusetzen verdient Respekt. Dies gilt für Frauen und Männer gleichermaßen, egal ob es sich hierbei um gesellschaftliche, soziale oder politische Bereiche handelt. Mehr Frauen in der Kommunalpolitik ist keine Anforderung an die Männer mehr Platz zu machen. Diese Forderung steht vielmehr für ein ausgewogenes Miteinander von Frauen und Männer, politische Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Ich würde mir wünschen, das in Zukunft mehr Frauen ihre Kreativität und Talente in die Politik einbringen und den politischen Raum unserer Gemeinde dadurch bunter und weiblicher gestalten. Wir Frauen haben uns vor 100 Jahren das Wahlrecht erstritten. Das bedeutet im Umkehrschluss auch das Recht, sich selbst wählen zu lassen.

Ein Angebot zur Information für Bürger

Beteiligung an „Klimakampagne OWL“

Die SPD Leopoldshöhe begrüßt das deutliche Votum für die Beteiligung, an der vom Kreis Lippe und unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsidentin Judith Pirscher unterstützen Kampagne für mehr Klimaschutz. In der letzten Ratssitzung am 25.02.2021 wurde der Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen auch von der CDU unterstützt. Hierbei geht es darum einen entsprechenden Flyer, den die Stadt Lage bereits nutzt, auf Leopoldshöhe abzuändern (Adressen, Ortsbezeichnung) und auf die Internetseite der Gemeinde zu stellen. Die s.g. „Klimafibel“ beinhaltet u.a. 9 Tipps zum Mitmachen für ein besseres Klima bzw. wie man durch sein eigenes Handeln die CO2-Emissionen reduzieren kann. Ob beim Einkaufen, bei der Fortbewegung oder wie man Stromfressern den „Saft abdrehen“ kann. Der von der FDP als Propaganda bezeichnete Flyer sorgte für Kopfschütteln bei den anwesenden Ratsmitgliedern. „Jetzt noch gute Tipps für den Erhalt des Klimas als „Propaganda“ zur bezeichnen, halten wir für rückwärtsgerichtet“, so Ralf Grünert umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Skateranlage für Leopoldshöhe-Süd

Politiker, Verwaltung und Jugendliche diskutieren im Arbeitskreis über einen möglichen Standort für einen Skaterpark

Zwei junge Skater stellten im August 2020 im Ausschuss für Generationen, Soziales, Gleichstellung und Sport einen Bürgerantrag zur Errichtung eines Skaterparks in Leopoldshöhe. In einem Power Point Vortrag haben die Jugendlichen ihre Wünsche und Vorstellung dargelegt. Einstimmig wurde im Ausschuss beschlossen, dass zunächst ein Arbeitskreis gemeinsam mit den Skatern die Rahmenbedingungen erarbeitet. Erstmals tagte dieser Arbeitskreis im März dieses Jahres. Frau Linnenbecker (Leiterin des Leos- Kinder- und Jugendzentrum) berichtete, dass zwischenzeitlich gemeinsam mit den Jugendlichen ein Förderantrag gestellt wurde. Dieser ist gekoppelt mit einem Workshop in dem die Jugendlichen einige Elemente für die Skateranlage selber bauen können. Die Verwaltung stellte dem Arbeitskreis 3 mögliche Standorte vor. Wichtig für die Jugendlichen ist eine zentrale, gut erreichbare Lage des Platzes. Nach Ostern ist das nächste Treffen geplant. Ziel soll die Umsetzung der Skateranlage noch in diesem Jahr sein.

Ein Beitrag für fairen Handel

SPD strebt die Zertifizierung zur Fairtrade-Kommune an

Bananen, Kaffee oder Schokolade immer mehr Verbraucher kaufen Produkte mit dem Fairtrade Siegel und wollen einen Beitrag zu fairem Handel leisten. Was steckt genau dahinter? Ein Fair-Trade-Siegel kennzeichnet Güter, die ganz oder auch nur teilweise aus einem nach bestimmten Kriterien definierten „fairem Handel“ stammen, bei deren Herstellung also festgesetzte soziale und teilweise auch ökologische Kriterien eingehalten werden sollen. „Wir wollen, dass auch die Gemeinde Leopoldshöhe mit gutem Beispiel vorangeht und Ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in den betroffenen Regionen beiträgt“, so Ralf Grünert umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Der Kreis Lippe z. B. ist bereits seit dem Jahr 2017 anerkannter „Fairtrade-Kreis“ und mehr als 120 Kommunen in ganz NRW. Um die Zertifizierung zu erhalten, müssen zahlreiche Kriterien erfüllt werden. Die SPD ist sich sicher, dass genug Mitstreiter für dieses Vorhaben gefunden werden.



Herausgeber: SPD Gemeindeverband Leopoldshöhe
Kachtenhauser Str. 21, 33818 Leopoldshöhe
Verantwortlich: Nils Goedeke, Vorsitzender
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

